

# grh Mitteilungen <sup>2</sup>/<sub>23</sub>

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org

Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und 1. Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr

Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB

Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

## Vom Friedensgebot zur Kriegserklärung

Hans Bauer

" ... dem Frieden der Welt zu dienen", hat sich 1949 in der Präambel des Grundgesetzes "das deutsche Volk" zum obersten Anliegen gemacht. Wie ernst es die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen mit diesem Bekenntnis genommen hat, dürfte gut bekannt sein. Soweit das (west)deutsche Volk nicht damals schon verdummt wurde. Erinnert sei nur an Adenauers Politik zur "Befreiung der Ostgebiete", an die frühzeitige Wiederaufrüstung, die Einführung der Wehrpflicht, den NATO-Beitritt - alles gegen den Osten, vor allem gegen die DDR und die Sowjetunion. Kraft des sozialistischen Lagers, einer starken Friedensbewegung und einiger real denkender Politiker des Westens wurde die ehemalige BRD zur friedlichen Koexistenz gezwungen. Mit dem Ergebnis, dass Vereinbarungen, Abkommen und Verträge mit den sozialistischen Ländern zu einer langen Friedensperiode bis 1990 beitragen. Eigene Friedensinitiativen hat diese Bundesrepublik nie ergriffen. Auch hat sie nie wirklichen Frieden in den Staaten und zwischen den Völkern befördert. Im Gegenteil. Erinnert sei nur an ihre Haltung zum rassistischen Südafrika und dem faschistischen Chile. 1990 konnte das imperialistische und zwangsvereinte Deutschland seine alten Ziele wieder ins Visier nehmen. Natürlich musste es, um Glaubwürdigkeit vorzutäuschen, außen- und innenpolitisch Zugeständnisse machen. Nach dem am 2.09.1990 in Moskau abgeschlossenen Zwei-plus-Vier-Vertrag bekräftigten die BRD und die DDR in Artikel 2 "ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird". Verbindliche Zusagen

**30 Jahre GRH**  
19.05.1993 \* 19.05.2023

**Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit**

wurden abgegeben, wonach die NATO nicht nach Osten erweitert wird (zunächst sollte das sogar für das DDR-Territorium gelten). Das nun für ganz Deutschland geltende Grundgesetz, nun grundgesetzwidrig als Verfassung deklariert, bekundete unverändert in der Präambel, "...dem Frieden der Welt zu dienen". Die Tatsachen beweisen wiederum das Gegenteil. Der Jugoslawien-Krieg, ein schwerer Völkerrechtsbruch mit deutscher Beteiligung, die unzähligen Beihilfen zu Kriegen von deutschem Boden aus: Ramstein, logistisches Drehkreuz für weltweite Kriege der USA und ihrer Verbündeten, die Lagerung von Atombomben in Büchel, über 20 Militärbasen mit ca. 35 000 US- Soldaten. Und schließlich seit 1999 die NATO-Erweiterung mit 14 Staaten im Osten.

Der verfassungswidrige Putsch in der Ukraine 2014 wurde auch mit deutscher Hilfe inszeniert. Die neuen Machthaber verboten jegliche Opposition, faschistische Kräfte wurden gegen russische Bürger mobilgemacht. Das Land gegen Russland aufgerüstet. Dessen Sicherheitsinteressen missachtet. Zum Schein wurden, um Zeit für die Aufrüstung zu gewinnen, die Minsker Abkommen geschlossen. Seit 2014 herrscht in der Ukraine Krieg. Bürgerkrieg gegen den Donbass und die in Selbstbestimmung gegründeten Volksrepubliken. Gegen Russland Wirtschafts- und Han-

delskrieg durch Sanktionen, Medienkrieg mit fake-news und einer beispiellosen Russophobie. Das Ziel, Russland zu zerstören, zu "ruinieren", wie die Bundesaußenministerin forderte. Die deutsche Bundesregierung ist zum Kriegstreiber in diesem Konflikt geworden, mit Waffenlieferungen, mit Beratern, mit der Ausbildung von Soldaten und nun mit Panzern für den Angriff.

Verhandlungen mit Russland? Ausgeschlossen!

Verantwortung als Kriegspartei immer wieder bestritten, bekennt Baerbock am 24.1.2023 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nun offen „**Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland**“. Das kommt einer **Kriegserklärung** gleich. Hier hat Baerbock eine Grenze überschritten, deren Konsequenzen unübersehbar sind. Höchste Zeit für die Bundesregierung, zu dieser Erklärung Stellung zu beziehen und sich von dieser im Amt unfähigen Außenministerin schnellstens zu trennen. Verantwortungsvolle Politiker aller Parteien müssen dies nachdrücklich fordern. Und eine einheitliche Friedensbewegung muss unüberhörbar und mutig zu den Tatsachen und dem hohen Anspruch im Grundgesetz stehen. Ansonsten bleibt vom hehren Friedensgebot des Grundgesetzes wiederum nicht mehr als eine Farce. Dieses Mal aber mit möglichen irreparablen Folgen.

### **Auch ein "Leopard" kommt nur bis Stalingrad**

*Eva Ruppert, Bad Homburg*

Nicht nur "Fehlentscheidung", sondern Schande. Für mich als eine der Letzten, die - als Kind - den Vernichtungskrieg des faschistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion hautnah erlebt haben, ist es unfassbar, dass eine deutsche Außenministerin 80 Jahre nach den deutschen Verbrechen in Leningrad und in ganz Sowjetrußland heute in aller Öffentlichkeit erklärt, sie wolle "Russland ruinieren" und - am 24.01.23 - "Wir führen einen Krieg gegen Russland". "Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine" verfängt da nicht als Rechtfertigung.

Ist der Schwur von Buchenwald "Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus"! schon vergessen?

Es ist nicht nur eine "Fehlentscheidung"(die Linke), sondern eine Schande und ein Verbrechen, dass die Nation, die im zweiten Weltkrieg bisher ungesühnte Verbrechen am russischen Militär und an der Zivilbevölkerung verübt hat, jetzt wieder gegen Russland mörderisches Kriegsgerät schickt. Ist vergessen, dass es die Rote Armee war, die 1945 Deutschland vom Faschismus befreite? Am 8./9. Mai jährt sich die Erinnerung daran zum 78. Mal.

Trotz manipulierter Umfrage-Ergebnisse ist nur eine Minderheit der bundesdeutschen Bevölkerung für die Lieferung der Leopard-Kampfpanzer an die Ukraine.

Ich schäme mich für eine Regierung, die in völliger Geschichtsvergessenheit und unglaublicher Anmaßung handelt. Eine Außenministerin, die Kriegshetze in der eigenen Bevölkerung verbreitet, darf nicht über die deutsche Geschichte bestimmen.

### **Es kann die Spur von unsren Erdentagen nicht in Äonen untergehn**

*frei nach Goethe, Faust II*

Anlässlich des 73. Jahrestages der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR am 8. Februar grüßen wir die einstigen Mitarbeiter, IM, GM, Kundschafter des Friedens und sonstigen Unterstützer und danken allen für ihren persönlichen Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit der DDR und von 40 Jahren Frieden in Europa. Der Gründungstag des MfS ist zugleich Anlaß, um den Mitarbeitern der Justizorgane sowie den Kampfgefährten der anderen Schutz- und Sicherheitsorganen für die enge Zusammenarbeit zu danken. Wir wünschen allen Gesundheit und Wohlergehen.

Unsere Gedanken sind bei den Verstorbenen, die ihr Bestes und als Mitglieder der GRH dazu beigetragen haben, dass unsere Widerstands-, Solidar- und Opferorganisation seit 30 Jahren ihre satzungsgemäßen Aufgaben verantwortungsbewusst erfüllt.

**Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Februar und wünscht ihnen beste Gesundheit, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben. Unser besonderer Gruß gilt den folgenden Jubilaren:**

**zum 101. Geburtstag**

*Dr. Heinz Frenzel, Ferch*

**zum 96. Geburtstag**

*Hans Prüfer, Berlin*

**zum 93. Geburtstag**

*Rudi Sonntag, Berlin*

**zum 92. Geburtstag**

*Joachim Herfurth, Raguhn-Jeßnitz*

*Edwin Hille, Berlin*

*Heinz Ulbrich, Berlin*

**zum 91. Geburtstag**

*Horst Juch, Berlin*

*Inge Schüler, Potsdam*

**zum 90. Geburtstag**

*Kurt Ehegötz, Bad Langensalza*

*Hildegard Rutekolk, Berlin*

**zum 85. Geburtstag**

*Gerhard Fleischle, Köln*

*Horst Jemlich, Dresden*

*Lothar Jürgens, Strausberg*

*Ursula Fieber, Nieder-Neuendorf*

*Hans-Günter Becker, Neuenhagen*

**zum 80. Geburtstag**

*Dr. Volker Mekschat, Königs Wusterhausen*

**zum 65. Geburtstag**

*Peter Klebsch, Brandenburg*

**So nicht!**

*meint Karl Rehbaum, Mitglied des Vorstands*

Es ist allgemein bekannt, dass die Friedensbewegung in Deutschland und darüber hinaus zerstritten ist, unterschiedliche Schwerpunkte hat, sich inhaltlich widerspricht und den Eindruck hinterläßt zumindest zum Teil „fremdgesteuert“ zu sein. Damit ist die Wirksamkeit der Friedenskräfte eingeschränkt bzw. auch in Frage gestellt. Behauptungen und Forderungen

sind einseitig, nicht hilfreich, Ursachen, Ereignisse und Folgen von friedensgefährdenden Handlungen sind nicht zu Ende gedacht und führen folgerichtig zu fehlerhaften Orientierungen. So wird immer wieder die Russische Föderation als Aggressor dargestellt, dessen Handlungen als völkerrechtswidriger Angriff, die Krim und andere Teile im Osten und Südosten der Ukraine seien annektiert worden. So von Jürgen Grässlin – Bundessprecher der deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner- in einem Interview mit der „Jungen Welt“ am 7. / 8. Januar 2023.

Begriffe wie Sezession, Rechte der Donbass – Republiken, Souveränität derselben, kommen bei den sogenannten Vertretern der Friedensbewegung nicht vor. Auch der Beginn des Krieges wird immer wieder nach den Auffassungen der USA, EU und Bundesregierung benannt. Aber: Der Krieg begann zweifelsfrei mit dem Putsch auf dem Maidan. Hier darf man das Verfassungsrecht nicht „großzügig“ übersehen. Denn der Krieg gegen die russisch sprechende Bevölkerung in der Ukraine begann mit dem faschistischen Putsch unter Mithilfe der USA und auch der BRD. Mit dem Putsch kam in der Ukraine die Konterrevolution an die Macht, die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt. Die derzeitige Regierung in Kiew ist demzufolge nicht legitim. Nicht Russland ist demzufolge der Aggressor, sondern die faschistischen Kräfte. Insofern ist auch nachdenkenswert wer nach dem Völkerrecht einen Verteidigungskrieg führt.

Als Ziel „die Neutralität bestimmter Regionen der Ukraine unter UN – Schutz, mit Sicherheitsgarantien der USA und Russlands“ zu formulieren, wie durch Jürgen Grässlin in der „Jungen Welt“, ist aus mehreren Gründen realitätsfern. Beteiligte kriegführende Staaten wie die USA und die Russische Föderation sollen demnach Sicherheitsgarantien übernehmen? Was aus UN – Beschlüssen wird, ist deutlich mit der Negierung von Minsk II durch die Ukraine, Deutschland und Frankreich angezeigt.

Es bedarf einer konkreten Koordination aller friedliebenden Kräfte und deren gemeinsames Vorgehen gegen die Kriegspolitik der USA und deren Verbündete. Statt mit dem Säbel rasseln und mit Leopard II pokern, permanent mit Waffenlieferungen den Krieg zu verlängern, muss dem Einhalt geboten werden. Der Feind der friedliebenden Kräfte steht im eigenen Land. Die Aktivitäten der Kriegstreiber beginnen mit Embargo und Russophobie und reichen bis zu einer derzeit noch indirekten Kriegsbeteiligung.

*Wir veröffentlichen auszugsweise den Standpunkt der Genossen Raimon Brete, Matthias Schwander und Dietmar Lehmann aus Chemnitz zur Ampel-Koalition.*

Die Ampel-Koalition hat "formidable" Minister und Frau Baerbock (Grüne) zeichnet sich besonders durch Inkompetenz, mangelnde Weitsicht und fehlendes politisches Gespür aus. Bei Frau Lamprecht wurde nunmehr endlich die Reißleine gezogen, aber den "Neuen" zeichnet auch keine diplomatische Vernunft aus. Er steht fest an der Seite eines hilflos erscheinenden Kanzlers, dem Visionen für ein selbstbewusstes sicherheitsorientiertes Europa unter Einschluss Russlands sowie Mut und Entschlossenheit für eine eigenständige deutsche Friedenspolitik fehlen.

Die Bundesregierung spannt sich weiter bewusst vor den Karren der USA und setzen sich europaweit für die Durchsetzung von deren Interessen im Kampf gegen Russland und China ein.

Kanzler und Bundesminister fliegen und rauschen ohne Unterlass von einem Krisenherd zum anderen und haben nur die Botschaften und Handlungsoptionen für mehr Waffen, Truppenaufmärsche der NATO vom Nordmeer bis zum Schwarzen Meer und die Stärkung des amerikanisch dominierten Militärbündnisses im Gepäck. Weit und breit sind keine Ansätze für diplomatische Angebote oder Lösungen erkennbar. Dafür immer wieder kräftige Paukenschläge für die Lieferung von mehr schwere Waffen und nach weiteren Sanktionen.

Ideenloser und gefährlicher kann wohl Außen- und Sicherheitspolitik nicht betrieben werden.

### **Die Geschäftsstelle gibt bekannt:**

Die Arbeitsgruppe Aufklärer des Vorstandes bereitet das nächste Kundschaftertreffen zum **13.Mai 2023** vor.

Hierzu werden demnächst persönliche Einladungen versandt.

In der Geschäftsstelle sind noch einige Restexemplare des autobiografischen Buches von **Beatrice Altman-Schevitz „Der Schatten im Schatten“**, vorhanden. Dieser faszinierende Lebensreport einer US-Amerikanerin, die sich 1977 zur Zusammenarbeit mit der HVA des MfS entschied, kann in der Geschäftsstelle gekauft oder bestellt werden.

Auch das Buch von **Klaus Eichner „BIS ALLES IN SCHERBEN FÄLLT“ „Der Kampf der USA um eine neue Weltordnung“** ist in der Geschäftsstelle erhältlich. Klaus Eichner legt in dem Buch dar, auf welche Weise die USA die Welt nach ihren Vorstellungen neu zu ordnen versuchen – wie sie als Führungsmacht der NATO den Pakt für ihre Zwecke instrumentalisieren, wie sie ihre Nachrichtendienste einsetzen, um unliebsame Regime wegzuputschen oder Marionetten an die Macht zu bringen, wie sie mit ihren Propagandaapparaten und Einflussagenten Stimmungen schüren und Kriege herbeireden.

**Ehrendes Gedenken unseren  
verstorbenen Mitgliedern**

Wie wir erst jetzt erfuhren, verstarb  
**Wolfgang Noffke aus Suhl**  
bereits am 25.Oktober 2022 im Alter von 90  
Jahren

**Bernd-Heiko Schilling aus Berlin**  
Er verstarb am 18.Januar 2023 im Alter von  
78 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen  
Der Vorstand, TAG Lichtenberg